

Protokoll
zur 16. Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr
am 11.09.2003

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und als Gäste Frau Lehning-Fricke (Bezirksbehindertenbeauftragte), Herrn Samulski (Pol.-Dir. 4), Herrn Becker (Seniorenvertretung) sowie anwesende Bürgerinnen und Bürger.

Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Ausschusses um Zustimmung auf Wunsch des Amtes, einen weiteren Tagesordnungspunkt – **Gehwegneubau Bischofsgrüner Weg** - auf die Einladung zu setzen. Ohne Einwände erhält dieser die **TOP-Nr. 5 b**

TOP 1 – Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

- 1) Herr Polasek - Haltverbot am Restaurant Schwalbennest –
- 2) Herr Hoffmannn – Mobilfunkantenne Scheelestraße 10
- 3) Frau Frenzel – Lärmbelästigung Steglitzer Damm / Bismarckstraße / Albrechtstraße

- 1) Herr Polasek bittet, das vor ca. zwei Monaten eingerichtete Haltverbot vor seinem Restaurant Schwalbennest (Lindenthaler Allee) zu entfernen. Er sieht hier seine Existenz gefährdet. BauDez teilt mit, dass die Anordnung aufgrund von Verkehrskonflikten durch die Straßenverkehrsbehörde erteilt worden ist. Er macht den Vorschlag eine zeitliche Begrenzung prüfen zu lassen. Herr Polasek stimmt dem zu, bittet aber zu beachten, dass hier die zeitliche Begrenzung nur bis 17.00 Uhr lauten kann, ferner bittet er, auch an die Sonn- und Feiertage zu denken. BauDez sagt zu, dies durch das Bezirksamt an die Straßenverkehrsbehörde herantragen zu lassen. Herr Samulski gibt als Alternativvorschlag die gegenüberliegende Seite an.
- 2) Herr Hoffmann erinnert an ein Schreiben Mobilfunkantenne Scheelestraße 10 und bittet BauDez um Stellungnahme. Er führt kurz in die Sachlage ein. BauDez erklärt, dass hier im Rahmen eines Genehmigungsfreistellungsverfahrens gehandelt worden sei und stellt die Chronologie des Vorgangs vor.
Die Nachbarschaftsbeschwerde wurde zunächst an das Umweltamt gerichtet. Eine Überprüfung durch die Bauaufsicht und das Stadtplanungsamt wurde vereinbart.
Im Fortgang des Verfahrens wurde die Notwendigkeit einer Antragsstellung festgestellt. Unter Anwendung von § 56 a BauO Bln erging am 23.05.2003 ein positiver Bescheid. Im Nachgang wurde durch das Umweltamt die Frage etwaiger Gesundheitsbelastungen angeführt. Dementsprechend wurde der Eigentümer durch die Bauaufsicht aufgefordert, den Nachweis der Unbedenklichkeit der Anlage beizubringen. Nach § 56 a ist der Bauherr nicht entbunden von der Pflicht zur Einhaltung der Anforderungen, die durch öffentlich-rechtliche Vorschriften an bauliche Anlagen gestellt werden; hierzu gehört auch die Einholung der erforderlichen Genehmigung, Bewilligung und Erlaubnis vor Baubeginn.

BauDez führt fort, dass der Eigentümer pflichtgemäß den Nachweis der Unbedenklichkeit mit dem Vorlegen einer Standortbescheinigung bei der Regulierungsbehörde beantragt hat. Bis dato erfolgte jedoch keine Antwort.

Auf das daraufhin gefertigte Stellungnahmeersuchen an die Regulierungsbehörde (RegTP) erfolgt noch eine schriftliche Beantwortung.

Herr Hoffmann fragt wegen der Höhe der Mobilfunkantenne, die 10 m klar überschreitet nach der Freistellungsgrundlage. Er bemängelt, dass die Abstandswerte nicht eingehalten wären und rückwirkend ein sogenannter Schwarzbau eine Baugenehmigung erhalte. Ebenso seien die Bedürfnisse der Anwohner nicht genügend berücksichtigt worden. Wertminderungen der Wohnungen durch den Antennenbau werden befürchtet.

- 3) Frau Frenzel wohnt in der Albrechtstraße, Höhe Steglitzer Damm / Bismarckstraße. Die Lärmbelastung an dieser Kreuzung ist sehr hoch. Ferner sieht Frau Frenzel durch den starken KfZ-Verkehr die Bausubstanz ihres Hauses gefährdet. BauDez erklärt hierzu, dass dieser Straßenzug eine wichtige Verkehrsverbindung sei. Herr Stumpe (Tiefbauamt) teilt dazu mit, dass die Straßenverkehrsbehörde nach einer Prüfung ggf. über Verkehrsbeschränkungen entscheiden kann und empfiehlt Frau Frenzel einen Antrag beim zuständigen Tiefbauamt zu stellen. Wie lange diese Prüfung dauern wird, kann nicht gesagt werden. Frau Frenzel erklärt sich damit einverstanden.

Der Vorsitzende bedankt sich nochmals bei den Bürgern und geht zur weiteren Tagesordnung über.

TOP 2 – Sachstand Parkraumbewirtschaftung

BV Körner bittet zu erklären, wie das Urteil zur Parkraumbewirtschaftungszone 23 zustande gekommen ist. Er sieht hier ein Versagen in der Verwaltung und erwähnt einen Artikel des Tagesspiegels vom 06.08.2003. BauDez erklärt hierzu, dass die zuständige Senatsverwaltung in Berufung geht. Er bittet, für inhaltlichen Entscheidungen die Berufung abzuwarten. Er teilt noch mit, dass das Bezirksamt nicht in das Gerichtsverfahren einbezogen worden ist. BV Körner sieht dies als unbefriedigend an und bittet das BA, den Vorgang weiter zu beobachten. BauDez verweist in dem Zusammenhang auf die schriftliche Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion. Zum Thema Bewirtschaftungszeiten teilt er mit, dass nach Rücksprache mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg, dieser keinen Bedarf zur Ausweitung der Bewirtschaftungszone sieht. Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist ebenfalls der Meinung.

TOP 3 – Fortsetzung der Befragung des Bezirksamtes zur Auftragsvergabe bei der Wilma-Rudolph-OS (vgl. Anl. V vom 26.03.2003)

BD Timm (Grüne) bittet um Erklärung, warum eine Demontage bzw. Entsorgung von Polystyrol geschehen ist. Er vertritt die Meinung, dass dies nicht nötig gewesen wäre. Herr Nowak (Fachbereich Hochbau) erläutert das Vorgehen des Fachbereichs Hochbau. Herr BD Timm ist nicht zufrieden. Herr Nowak teilt noch mit, dass es sich hier um eine amerikanische Liegenschaft handelt, die dort befindlichen Platten wurden nicht weiter benötigt und daher entsorgt. BV Ronnisch (SPD) bittet um Auskunft, ob sich darüber die Brandlast verringert. Herr Nowak konnte dazu keine Angaben machen. BD Timm bemängelt, dass in dem Vorgang Kalkulationen fehlen. Herr Nowak teilt hierzu mit, dass die Erstellung von Kalkulationen bei dem zuständigen Bauleiter liege.

Herr Körner erklärt in allseitigem Einverständnis, die Befragung mit dieser Sitzung als beendet, verweist jedoch auf die nach wie vor nicht plausible Kommentierung des Vorfalls als „Übertragungsfehler“ durch BauDez.

TOP 4 – Produktkostenrechnung / Personalentwicklung im Vergleich 2001/2002 (vgl. Anlage I vom 22.01.2003)

Bis auf die Fraktion der FDP sind alle Schulungen durchgeführt. Der Zugang zu den Daten ist gewährleistet.

TOP 5a– Mittelabfluss im Baubereich (vgl. Anl. I)

BauDez beantwortet die zur Anlage gestellten Fragen.

TOP 5 b – Gehwegneubau Bischofsgrüner Weg

BV Sunkel (FDP) bemerkt, dass die Anwohner keinen Gehwegneubau wollen. BauDez erklärt hierzu, dass bis heute drei Schreiben eingegangen sind. Er verweist auf ältere Diskussionen in der BVV, in denen die Fortführung des Gehwegneubaus gefordert wurde. Die Maßnahme wurde mit der Investitionsplanung beschlossen. Die zu erwartenden Erschließungsbeiträge nach Fertigstellung des Gehweges sind Einnahmen für den Bezirk. Eine Befassung ist erforderlich, um die Baumaßnahme beginnen zu können. BV Sunkel (FDP) sieht den Umstand, dass hier die Anwohner zur Kasse gebeten werden. BauDez erläutert, dass alle Anlieger Erschließungsbeiträge zahlen müssen, das umfasse alle zur endgültigen Herstellung erforderlichen Bauleistungen. 90 % der Kosten trügen die Anwohner, 10 % der Bezirk. BV Ehlgötz (CDU) möchte wissen, wie die Kosten berechnet werden. Wegen der Komplexität kann nach Aussage von Herrn Stumpe dies nicht vorab beantwortet werden. BV Eichstädt (CDU) ist der Meinung, dass der Gehweg ausgebaut werden soll und regt an, dass die Betroffenen darüber aufgeklärt werden sollten. BV Hampel (Grüne) sieht auch die Möglichkeit einer Teilfinanzierung. Er bittet BauDez um eine Liste von noch auszubauenden Gehwegen. BauDez bittet nach kurzer Erklärung darauf zu verzichten, da dies zu aufwendig sei. BV Körner bittet BauDez, den Bau-A dennoch bei Gelegenheit zu informieren. Eine weitere Befassung der BVV wird jedoch im Rahmen dieses Vorhabens für nicht erforderlich gehalten.

TOP 6 – Anträge

TOP 6.1 – Fahrradstraße Havelchaussee – Drs.Nr. 77 / II

Aus den Reihen der SPD und den Grünen wird um Vertagung gebeten. Es besteht Beratungsbedarf in den Fraktionen aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts. Der Vorsitzende entspricht der Bitte und verweist darauf, dass das Gesamtradwegekonzept als Extra-TOP auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 6.2 – Umsetzung der Anordnung – 30 km/h in der Garystraße – Drs.Nr. 628 / II

BV Körner bittet, den seit einem halben Jahr immer wieder vertagten Antrag zu überdenken. Er scheint überholt, nachdem die Straßenverkehrsbehörde von ihrer Anordnung Abstand genommen habe und einen neuen Vorschlag machen will. Die Fraktion der SPD lehnt dies ab. BauDez teil mit, dass es Seiten der Straßenverkehrsbehörde noch keinen neuen Sachstand gibt.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 6.3 – Winterdienst an Kreuzungen – Drs.Nr. 747 / II

BV Eichstädt (CDU) bittet um Änderung des Antragstextes. Er stellt die Formulierung in Frage, da die Begründung sich nur auf die Radwege bezieht. BV Rönnisch (SPD) äußert dazu, dass bei Benutzungspflicht auch geräumt werden muss.

Der o.g. Antrag wird wie folgt vom Antragsteller geändert:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Übergänge an Straßenkreuzungen **so von Schnee und Eis geräumt werden, dass die Benutzung von befahrbaren Radwegen, insbesondere benutzungspflichtigen Radwegen, auch ermöglicht wird.**

Die Begründung bleibt bestehen.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 6.4 – Umbau der dritten Etage im VHS-Standort Lichterfelde Drs.Nr. 755 / II

BV Kühnast (FDP) sieht hier die Klärung im zuständigen BiKu-Ausschuss. BV Eichstädt erklärt ebenso, dass die Drucksache noch in den Haushalts-A kommt. BauDez teilt mit, dass die Abteilung Bildung und Kultur als Bedarfsträger noch keine entsprechende Anforderung an den Fachbereich Hochbau gestellt hat. Da die Etage durch die Abteilung JugGesUm genutzt wird, müsste hier zunächst der Bedarf geklärt werden. Dieser ist seiner Kenntnis nach gegeben.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 6.5– Busspur in der Clayallee – Drs.Nr. 768 / II

Die Fraktion der CDU spricht sich gegen diesen Antrag aus. Es käme bei Einrichtung einer Busspur zu einer künstlichen Verengung, das Verkehrschaos sei vorprogrammiert. StBD Wollschläger (CDU) sieht ebenfalls keine Möglichkeit einer Umsetzung. BV Müller (SPD) widerspricht, er sieht hier eher etwas Positives für den Individualverkehr. Das Einparken wäre leichter.

Mit 6-Ja Stimmen zu 8-Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt..

TOP 6.6 – Unfallschwerpunkte im Bezirk – Drs.Nr. 793 / II

BauDez teilt auf Nachfrage von BV Wagner mit, dass Ges 21 Unterlagen zusammengestellt hat und stellt fest, dass diese Unterlagen noch bewertet werden müssen (Gründe von hohen Verkehrsunfällen u.ä.) Er macht den Vorschlag, wie im Rahmen einer Kleinen Anfrage die vom PolPräs herausgegebenen Berichte weiterzuleiten. BV Eichstädt (CDU) sieht die Polizeiberichte als ausreichend an und ist für eine jährliche Information. BV Rönnisch schließt sich dem an. Frau Wagner (fraktionslos) hat zwischenzeitlich zwei Kleine Anfragen eingereicht, die keine eindeutigen Ergebnisse geliefert haben.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 6.7 – Fahrradabstellanlagen am S-Bahnhof Lichterfelde-West – Drs.Nr. 794 / II

Nach kurzer Diskussion wird

der Antrag mit 8-Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen und 0-Nein-Stimmen angenommen.

TOP 6.8– Verwendung von freierwerdenden Investitionsmitteln – Drs.Nr. 815 / II

Obwohl der Bau-A im Ältesten-Rat als mitberatend benannt wurde, ist die Meinung der Mitglieder des Bau-A, dass sich der Haushalts-A mit der Drs. befassen sollte. Eine entsprechende Entscheidung des Ausschusses für Soziales sollte erreicht werden. Ist sie analog gefasst, soll die Drs. in den Haushalts-A überwiesen werden. Der Antrag wird vertagt.

TOP 6.9 – Einhaltung der Vorschriften für Streufahrzeuge auf Gehwegen – Drs.Nr. 826 / II

BauDez erwähnt, dass nach § 35 Abs. 6 der Straßenverkehrsordnung (StVO) nur Fahrzeuge bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht von 2,8 t und bei einem Reifennendruck bis zu 3 bar auch Fahrzeuge bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t zur Gehwegreinigung eingesetzt werden. BV Ronnisch (SPD) ist dafür, ein Hinweisblatt zu erstellen, welche die Pflichten der Firmen darstellt. BV Sunkel (FDP) sieht diesen Antrag als nicht durchführbar an; eine Kontrolle sei nicht möglich. BV Eichstädt (CDU) sieht das nicht so. Die Haftung liegt bei den ausführenden Firmen. BauDez sieht die Verfolgung von Straßenschäden nur durch eine Beweissicherung, das BA kann nicht aus der Pflicht genommen werden und will natürlich auch die Schäden beseitigt haben.

Der Antrag wird mit 12-Ja-Stimmen zu 2-Nein-Stimmen und 0-Enthaltungen angenommen.

Top 7 – Bericht aus dem Bezirksamt (vgl. Anl. II-IV)

1. Umbau Fahrenheitstraße / Celsiusstraße (Wasserplatz)

Die **Straßen**bauarbeiten für die Maßnahme (Pflasterung Platzfläche) sind abgeschlossen und abgenommen. Zur Zeit finden nur noch auf den anliegenden Grünflächen Arbeiten statt (Bodenauffüllungen, Pflanzungen etc.). Ziel: Abschluss im Oktober 2003.

2. Buswendekehre Lichterfelde Süd

Die von einem Ingenieurbüro erstellte BPU ist von SenStadt geprüft worden. (Endsumme : 335.000 €, Finanzierung durch SenStadt). Es gibt noch Abstimmungsbedarf mit der DB AG wegen der unmittelbaren Lage an den Gleisen, der zeitlich nicht kalkulierbar ist. Das Ingenieurbüro wird anschließend die Ausführungsplanung erstellen. Das Widmungsverfahren für diese Fläche ist eingeleitet. Es wird angestrebt, dass die ersten Freilegungsarbeiten (Abriss alter Bahnsteige etc.) noch in diesem Herbst erfolgen können. (Örtliche Bauleitung wird von einem privaten Ingenieurbüro übernommen werden)

3. Fußgängerüberweg Machnower Straße / Gutzmannstraße / Buschgrabenweg

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat mit Schreiben vom 26.8.2003 mitgeteilt, dass für die Maßnahme eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2004 in Höhe von 35.000 € übertragen wurde. Demnach kann die Planung und Ausschreibung im Jahr 2003 begonnen werden (Bau erst 2004).

4. Parkraumbewirtschaftung (vgl. auch TOP 2)

Die Straßenverkehrsbehörde hat mitgeteilt, dass ein weiteres Verfahren gegen die Parkraumbewirtschaftung vor dem VG anhängig ist. Ein Anwohner aus der Erlenstraße (nicht bewirtschaftet) klagt gegen die Bewirtschaftung in der Birkbuschstraße.

Der Kläger vertritt die Auffassung, dass in der Birkbuschstraße kein Parkbedarf aus dem Schloßstraßenbereich entsteht und keine Verdrängung von sonstigen Parkraumsuchenden ausgeht.

Die Straßenverkehrsbehörde hat mit Schreiben vom 14.8.2003 beantragt, die Klage abzuweisen.

5. Instandsetzung des Europaradweges R1 – Havelufer

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen hat mit Schreiben vom 18.8.2003 mitgeteilt, dass für die Maßnahme ein erster Betrag in Höhe von 300.000 € (GA-Mittel) zur Verfügung steht.

Es wurde ein Ingenieurbüro mit den Planungen beauftragt. Angesichts der späten Bewilligung ist mit einem erheblichen Baufortschritt in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen.

6. BVG-Linie Moorlake

Die BVG teilte mit, dass man evtl. beabsichtigt, zu den Feiertagen zum Jahresende eine Buslinie fahren zu lassen. Letzte Entscheidungen sind wohl noch nicht gefallen. Ob die Buslinie im nächsten Jahr wieder fährt, wird geprüft. Eine schriftliche Aussage dazu wollte die BVG zur Zeit nicht geben.

7. Zentralklinik Emil von Behring

Die Zentralklinik Emil von Behring hat auf die Schreiben zur Verkehrssituation im Bereich des Standortes Waltherhöferstraße geantwortet. Demnach wurde

die Zahl der Mitarbeiterparkplätze auf dem Gelände hinter dem Haus N entgegen früherer Planung erhöht und die Gebühren für die gebührenpflichtigen Parkplätze am Gimpelsteig um mehr als 30 % gesenkt, und zwar:

erste Stunde	kostenlos
zweite Stunde	0,50 €
danach je angefangener Stunde	1,00 €
Tageshöchstsatz	10,00 €

Diese Parkplätze werden in Zukunft auch durch größere Schilder ausgewiesen werden.

BV Ehlgötz (CDU) fragt nach der Angabe der nunmehr zur Verfügung stehenden Parkplätze. Es folgt eine kurze kontroverse Erörterung.

8. Kiosk Hüttenweg

Auf Nachfrage der FDP erklärt BauDez, das Amt habe noch keinen geeigneten Standort gefunden.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen sowie bei den Ausschussmitgliedern und beendet die Sitzung.

Vorsitzender :Herr Körner

Schriftführer Herr Kühnast

Protokoll: Frau Andreas